Sind wir schuld?

Autor(en): **Coldrick, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **72 (1980)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354982

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Sind wir schuld?

Peter Coldrick

In einer der Schlussfolgerungen des mit Hilfe des IBFG in Sambia veranstalteten Seminars über Beschäftigungsprobleme heisst es: «Arbeitnehmer und Gewerkschaften in Industrieländern sollten sich klar darüber sein, wie sich ihre Bemühungen um eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen auf die Zahlungsbilanzposition der Entwicklungsländer auswirken». Das Argument, das, wie ich höre, in Entwicklungsländern des öfteren vorgebracht wird, besagt, dass stetig steigende Preise der Güter, welche die Dritte Welt aus Industrieländern einführt, zum Teil auf die Lohnforderungen der Gewerkschaften zurückzuführen seien.

In dieser einfachen Form erscheint das Argument sehr gewichtig, nur sind – wie so häufig in dieser Welt – die Dinge nicht einfach. Der Denkfehler lässt sich wohl am leichtesten nachweisen, wenn man das Argument umkehrt. Waren die steigenden Preise von Öl und Rohstoffen in den Jahren 1973 bis 1974 und auch jetzt wieder eine Folge der Lohnforderungen in den Herkunftsländern? Nein, selbstverständlich nicht. Diese Preise stiegen aus einer ganzen Anzahl von Gründen, und wenn die Arbeitnehmer in den betreffenden Entwicklungsländern ihre Löhne wirklich etwas erhöhen konnten, (was keineswegs immer der Fall war), so war das nur recht und billig, da alles, was sie vorher erhielten, ganz unzureichend war.

Wenn Arbeitnehmer in Entwicklungsländern aufhörten, um Lohnerhöhungen zu verhandeln, so würden deswegen bestimmt die Preise der von ihnen erzeugten Güter um keinen Pfennig billiger. Und das gleiche gilt natürlich auch in den Industrieländern. So arbeitet der Kapitalismus eben nicht.

In unserem Wirtschaftssystem gibt es keinen Mechanismus, der gewährleisten würde, dass eine Mässigung der Lohnforderungen in Entwicklungsländern den Arbeitnehmern in Industrieländern zugute käme (oder umgekehrt). Unter diesen Umständen muss die Tarifverhandlungspolitik auch weiterhin darauf abzielen, den Arbeitnehmern einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit zu sichern, Fertigkeiten entsprechend zu entlohnen, durch Inflation verursachten Kaufkraftverlust des Lohns auszugleichen und so fort.

Wir in den Industrieländern haben die dauernd steigenden Preise ebenso satt wie die Arbeitnehmer der Dritten Welt. Auch wir fühlen uns wie in einer Tretmühle. Wenn die von uns vorgeschlagenen Massnahmen zur Zügelung der Inflation, zum Beispiel Preiskontrollen, striktere Vorschriften gegen Monopole, Änderungen in der Landwirtschaftspolitik der EG und eine Reform des europäischen

Währungssystems, auch dazu beitragen, die Inflation in anderen Ländern zu reduzieren, so ist das ein wesentlicher Pluspunkt.
Mit alledem will ich jedoch nicht bestreiten, dass im ganzen gesehen die Schlussfolgerungen des Seminars in Sambia berechtigt sind. Arbeitnehmer in Industrieländern müssen sich ihrer Verantwortlichkeit gegenüber ihren Kollegen in der Dritten Welt bewusst sein. Wenn sich in unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand zwischen den Ländern und Völkern der Welt nicht im Wege der Lohnverhandlungen erreichen lässt, so bedeutet das nicht, dass wir deshalb gar nichts tun sollten.
In der Praxis ist der Europäische Gewerkschaftsbund dem IBFG gefolgt. Zum Beispiel hat sich der EGB in den Verhandlungen über ein neues Abkommen zwischen der EG und den AKP-Ländern für Garantien gerechter und lohnender Rohstoffpreise und für eine erhebliche Steigerung der ohne Auflagen gewährten Hilfe eingesetzt. Unserer Ansicht nach sind solche Massnahmen der Regierungen – zu denen natürlich die Arbeitnehmer durch ihre Steuerzahlungen einen echten Beitrag leisten – das Mittel, eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung herbeizuführen.
Ich weiss, dass man uns Menschen in den Industrieländern vorwerfen kann, wir täten nicht genug. Ich hoffe, wir werden in Zukunft sehr viel mehr tun — nicht zuletzt deshalb, weil es sich immer klarer zeigt, dass wir wesentlich zur Lösung unserer Wirtschaftsprobleme – Massenarbeitslosigkeit und ungenutzte Kapazität – beitragen können, wenn wir helfen, den Bedürfnissen der Dritten Welt gerecht zu werden.